

• **Zaman**, 03.09.08

„Ramazan-Appell des schwedischen Ministerpräsidenten: Firmen sollen nach dem islamischen Recht erlaubte Waren verkaufen“

von Ramazan Kerpeten

Die Zaman schreibt, dass der schwedische Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt anlässlich des Beginns des islamischen Fastenmonats an die Firmen in seinem Land appellierte, Waren die „helal“ seien zu verkaufen. In Schweden lebten fast 400 000 Muslime. Aufgrund dessen halte es Ministerpräsident Reinfeldt für wichtig, auf diesen besonderen Umstand Rücksicht zu nehmen. Seines Erachtens würden die schwedischen Firmen aufgrund von Vorurteilen und Unkenntnis diese Möglichkeit nicht positiv für sich nützen. „Wir müssen Menschen aus anderen Kulturkreisen eine größere Rücksicht entgegenbringen. Diese Rücksicht bedroht nicht die schwedischen Werte – beides kann nebeneinander existieren.“

Die Zaman betont, dass Ministerpräsident Reinfeldt sich seit langem auf verschiedene Weise gegen Rassismus einsetze und auch im Zusammenhang mit der Karikaturen-Krise sich für den Dialog einsetzte.

• **Zaman**, 02.09.2008, S. 8

„Bayern befindet sich in einem „Integrationslosen“ Wahlkampfmarathon“

von Timofey Neşitov

Die Zaman stellt eine Veränderung in der Wahlkampfstrategie der CSU zur bevorstehenden Landtagswahl am 28. September fest. Schlagwörter wie „Gewalttätige Ausländer raus“, „Grundgesetz anstatt Scharia“, „Leitkultur ja – Parallelgesellschaften nein“ würden während dieses Wahlkampfs nicht verwendet werden. Im Gegensatz zur Wahl des Münchener Stadtrates im März, wobei Plakate mit der Aufschrift „Gewalttätige Ausländer“ verwendet worden seien und die CSU Stimmen verloren habe, würden für den Wahlkampf für die Landtagswahl lächelnde Familien, zufriedene Schüler und sonnige Landschaften als Motive eingesetzt. Die CSU sei sich über die Empfindlichkeit der Wählerschaft bewusster geworden. Auch die Debatte über den

Moscheebau mit Minaretten, weswegen sich die CSU mit ihrer Gegnerin der SPD seit drei Jahren streite, sei aus der Wahlkampfkampagne herausgelassen worden. Die CSU habe dieses Mal einen Kurswechsel vollzogen, da anstelle von Moscheen und Leitkultur die steigenden Benzinpreise und die Atomenergie thematisiert würden: „Im Gegensatz zum früheren Ministerpräsidenten Stoiber, der die Migranten als wirtschaftliche und kulturelle Last begriffen hatte, besitzen Beckstein und Huber einen gemäßigten Stil, was auf eine veränderte Wahlkampfstrategie zurückzuführen ist. Die einzige Partei, die mit dem Migrantenthema versucht, Stimmen zu gewinnen sind dieses Mal die Republikaner.“

• **Hürriyet**, 02.09.2008, S. 14

„Die Minarette sind Wahlkampfmittel“

von Erkan Mısırlı

Die Hürriyet gelangt zum selbigen Thema zu einem anderen Ergebnis: Das Blatt berichtet im Zusammenhang mit dem in München geplanten Moscheebau, der Minarette einschließen wird, über den Wahlkampf zur bayerischen Landtagswahl. Dabei rissen die Diskussionen über die von DITIB geplanten Moschee am Gotzinger Platz in Sendling nicht ab: Die CSU habe die Streitigkeiten wiederholt ausgelöst. Die ausgelöste Debatte handelte um die ausstehende Zahlung über die Grundsteuer. Der Münchener Politiker Hans Podiuk kritisierte aus diesem Grund, dass die Bürger für die Zahlung der ausstehenden Steuer aufkommen müssten. Solange DITIB die Steuern nicht begleichen könne, müsste die Gemeinde dafür aufkommen, die das Grundstück verkauft habe. Er frage deshalb, wie eine Moschee gebaut werden kann, dessen Kosten sich auf 9-10 Millionen Euro belaufen, wenn nicht einmal die Grundsteuer bezahlt werden könnte. Die Hürriyet berichtet über die Forderung Podiuks an den „Anwalt des Moscheebaus“, den Münchener Oberbürgermeister Christian Ude (SPD), sich dazu zu äußern.

• **Hürriyet**, 01.09.2008, S. 18

Kommentar von Canan Topçu

und:

• **Sabah**, 01.09.2008, S. 13:

Kommentar von Mikdat Karaalioğlu

Die Journalistin Canan Topçu bezeichnet in ihrem Kommentar in der Hürriyet den Einbürgerungstest insgesamt als sinnlose Hürde hinsichtlich der Integration. Die Fragen im Einbürgerungstest könnten auswendig gelernt werden – wenn es beim ersten Mal nicht klappt, könnte der Test schließlich wiederholt werden. Der Weg zu einer positiven Staatsbürgerschaft führe über die Identifikation mit diesem Land und nicht über Einbürgerungstests. Der Chefredakteur der Sabah wiederum, Mikdat Karaalioğlu erklärt in seinem Kommentar, dass es prinzipiell richtig sei, einige Kenntnisse über Deutschland bei der Einbürgerung zu besitzen. Die Fragen könnten durch Lernen durchaus gelöst werden, niemand müsste deshalb Sorge haben, aufgrund dieses Tests nicht deutscher Staatsbürger werden zu können, obwohl die Kritik an einigen nicht verständlichen Fragen des Tests berechtigt seien.

Den erscheinenden **Newsletter zur Medienberichterstattung in türkischen Zeitungen** finden Sie auch in unserem Archiv auf www.islamedia.de unter der Rubrik Newsletter.

Impressum:

Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg

Lehrstuhl für Bürgerliches Recht - Prof. Dr. Rohe

www.islaMedia.de

- Der Newsletter erscheint in unregelmäßigen Abständen und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit
- Angeführte Links bzw. Artikel geben nicht die Meinung der Herausgeber wieder, sondern ver-

suchen die aktuelle Diskussion um den Islam und die Muslime in Europa in den Medien wiederzuspiegeln
- Um den Newsletter zu bestellen bzw. abzubestellen bitte um Antwort mit "Bestellen" bzw. "Abbestellen" im Betreff